



Föderation der West-Thrakien Türken in Europa

Newsletter

JAHR 2

NUMMER 7 / MAI 2007

NGO in Special Consultative Status with the Economic and Social Council of the United Nations

ABTTF • Johannisstraße 50, 58452 Witten • Tel.: +49.2302.913291 • Fax: +49.2302.913293 • E-mail: info@abtff.org • www.abtff.org

HABIPOĞLU IST WIEDER VORSITZENDER



Der neu gewählte Vorstand der ABTTF, der am 21. April in Witten zusammengetreten ist, hat Halit Habipoğlu erneut zum Vorsitzenden der Föderation gewählt. Bei seinem Treffen stellte der Vorstand, auch den Arbeitsplan der ABTTF für die neue Wahlperiode vor.

Habipoğlu erklärte, die Föderation vertrete seit Jahren erfolgreich die westthrakische Minderheit auf internationaler Ebene und sei daher nun auch eine von den Vereinten Nationen anerkannte und mit entsprechenden Vorrechten ausgestattete NGO. Er betonte, man wolle

durch die in der begonnenen Wahlperiode durchzuführenden Studien neben all den Problemen, mit denen die türkische Minderheit konfrontiert sei, auch ihre kulturellen Werte zutage fördern.

Auf der am Sonntag, den 8. April, in Gießen zusammengetretenen Delegiertenversammlung, an der 131 Delegierte teilnahmen, hatte die Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa (ABTTF) zwar die Angehörigen des neuen Vorstandes, der die Föderation in den nächsten zwei Jahren leiten wird, durch Wahl bestimmt, jedoch noch keine Aufgabenverteilung vorgenommen.

Diese wurde auf der ersten Vorstandssitzung der 15. Wahlperiode am Samstag wie folgt geregelt:

Vorsitzender, Halit Habipoğlu; stellvertretender Vorsitzende Sami Yusuf / Sebaytin Mumin / Engin Ahmet; Generalsekretär Özkan Resit; Buchführer, Mehmet Hüseyin; Direktor für Nord-Europa Angelegenheiten, Mustafa Kasap; Direktor für Mittel-Europa Angelegenheiten, Ramadan Ramadan; Direktor für Süd-Europa Angelegenheiten, Cengiz İsmail, Direktor für Jugendaktivitäten, Kamuran Ömeroğlu; Direktor für Bildung Ekrem Kircali.

GRIECHENLAND MUSS SEINE MINDERHEITENPOLITIK ÄNDERN



Die Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa (ABTTF) hat am 8. April in Gießen, Deutschland, einen neuen Vorstand gewählt.

Anlässlich des 30. Gründungsjubiläums des Solidaritätsvereins der Türken West-Thrakiens in Gießen, des ältesten Vereins der West-Thrakien-Türken in Deutschland und Europa, wurde die 15. Delegiertenversammlung der ABTTF in Gießen abgehalten. Außer den

Repräsentanten der 19 zur ABTTF gehörigen Vereine, die in verschiedenen europäischen Ländern tätig sind, waren dabei als Gäste auch Vertreter der Minderheiten anwesend.

Geleitet wurde die Versammlung von einem dreiköpfigen Vorstand unter dem Vorsitz des Generalsekretärs des Vereins Gütersloh, Orhan Sarı. Nach der Eröffnungsrede von Halit Habipoğlu, der den Föde-

rationsvorsitz während der 14. Wahlperiode innehatte, berichtete der bisherige Generalsekretär Mustafa Kasap über die Aktivitäten der ABTTF während dieser Wahlperiode. Nach dem Bericht der Buchhaltung und der Rechnungsprüfer ergriff die Vereinsleitung das Wort und teilte ihre Ansichten zur Tätigkeit der ABTTF während der 14. Wahlperiode mit. In den Redebeiträgen wurden die Erfolge der Föderation nach außen gelobt, während gleichzeitig kritisiert wurde, dass der Arbeit im Inneren nicht genügend Bedeutung beigemessen worden sei. Anschließend stellten sich die Kandidaten für den Vorstand, die Rechnungsprüfung und den Disziplinarrat kurz vor. Außerdem hielt der Architekt Rıdvan Molla İsa, der als Gast aus Griechenland an der Hauptversammlung teilnahm, einen Vortrag über die Probleme von Stiftungen und Moscheen in West-Thrakien, in dessen Rahmen er Fotos aus der Region zeigte, welche großen Eindruck hervorriefen.

Der durch die 131 Delegierten gewählte elfköpfige Vorstand der 15. Wahlperiode setzt sich zum größten Teil aus Mitgliedern des bisherigen Vorstands zusammen. Dem neuen Vorstand gehören

an: Halit Habipoğlu, Sami Yusuf, Mehmet Hüseyin, Mustafa Kasap, Sebaytin Mümin, Özkan Reşit, Cengiz İsmail, Engin Ahmet, Ekrem Kırcaali, Ramadan Ramadan und Kamuran Ömeroğlu. In seiner Eröffnungsrede sprach Habipoğlu von der Bedeutung von Einheit und Zusammenhalt, um die Probleme der türkischen Minderheit in West-Thrakien zu lösen und um ihre historischen und kulturellen Werte für die Zukunft zu erhalten. „Unsere Vereine in Europa und unsere Föderation sind ein Beispiel für solche Einheit und solchen Zusammenhalt“, sagte Habipoğlu. „Einheit und Zusammenhalt sind es, die uns stark machen und dafür sorgen, dass unsere Kultur dauerhaft unter uns fortbestehen kann. Wir sollten daher unserer Vereinsarbeit hohe Bedeutung beimessen.“

Indem er die Probleme der West-Thrakien-Türken ansprach, äußerte Habipoğlu auch Kritik an der von Griechenland verfolgten Minderheitenpolitik. Die Verwaltung der Minderheit, so betonte er, werde noch immer durch vom griechischen Außenministerium speziell gegründete Einrichtungen geregelt. „Die Angehörigen unserer Minderheit in West-Thrakien sind griechische Staatsbürger. Und

es ist nicht einzusehen, warum Griechenland mit den Angelegenheiten griechischer Staatsbürger, die innerhalb Griechenlands leben, nicht das Innenministerium sondern das Außenministerium betraut. Das Außenministerium ist, wie schon der Name sagt, für die *äußeren* Angelegenheiten des Landes zuständig. In den vergangenen Monaten hat die griechische Außenministerin Bakogianni die Region besucht, um sich die Probleme der West-Thrakien-türkischen Minderheit anzuhören. Griechenland muss diese Politik, die auch seinem Ruf in der internationalen Öffentlichkeit schadet, aufgeben.“

Die 36-seitige Broschüre „Tätigkeitsbericht der 14. Wahlperiode“, in der die ABTTF unter den Kapiteln „Allgemeine Arbeit“, „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“, „Wissenschaftliche Studien“, „Internationale Tätigkeit“ und „Vereinsarbeit“ ausführlich ihre Arbeit während der letzten zwei Jahre vorstellt, wurde von den Teilnehmern der Hauptversammlung mit großer Zustimmung aufgenommen.

Weiterhin wurde auf der 15. Delegiertenversammlung der ABTTF der Entschluss gefasst, an die Regierungen Griechenlands und der Türkei und an die EU zu appellieren, die Probleme der West-Thrakien-türkischen Minderheit ernst zu nehmen und so schnell wie möglich eine Lösung für sie zu finden.

BESUCH IM DEUTSCHEN AUBENMINISTERIUM



Bei seinem offiziellen Besuch im deutschen Außenministerium sprach der Vorsitzende der Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa (ABTTF), Halit Habipoğlu, mit dem Botschafter Hans-Günter Hermann Gnodtke, Beauftragter des Auswärtigen Amtes für den Dialog mit der islamischen Welt, und mit Christian Schlaga, Referatsleiter Südeuropa im Auswärtigen Amt, über die türkische Minderheit in West-Thrakien.

Auf Einladung des Botschafters Hans-Günter Hermann Gnodtke, Beauftragter des Auswärtigen Amtes für den Dialog mit der islamischen Welt, besuchte Halit Habipoğlu diesen in seinem Büro und berichtete von den Problemen der in Griechenland lebenden türkischen Minderheit bezüglich der Religionsfreiheit. Bei dem Treffen sprach man über das Muftiamt in Griechenland, die Muftiwahl, den im letzten Jahr verstorbenen rechtmäßig gewählten Mufti von Xanthi, Mehmet Emin

Aga, und die Probleme, mit denen dieser sein Leben lang zu kämpfen hatte, und in diesem Zusammenhang über die Gerichtsverfahren, die Griechenland vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) verloren hat.

Halit Habipoğlu betonte, dass die Minderheit der West-Thrakien-Türken trotz der internationalen Verträge zwischen beiden Ländern ihre Religion immer noch nicht standesgemäß ausleben könne. „Nach dem Tod von Mehmet Emin Aga folgte ihm, gemäß dem Wunsch des Volkes, Ahmet Mete als neuer Mufti im Amt nach. Bislang wurde jedoch von den griechischen Behörden der in dem Gebiet lebenden türkischen Minderheit nicht die Freiheit zugestanden, selbst ihren Mufti zu wählen. Dies hat zur Folge, dass Ahmet Mete genau wie Mehmet Emin Aga leicht zur Zielscheibe werden kann, da man sagen könnte, dass er von den griechischen Behörden nicht anerkannt sei.“

Dem Botschafter, der sich die Schilderungen von Habipoğlu mit großem Interesse anhörte, wurden auch Berichte überreicht, die die ABTTF zu diesem Thema vorbereitet hatte. Gnodtke teilte mit, er würde sich freuen, wenn er über die weiteren Entwicklung hinsichtlich dieses Themas unterrichtet würde, und sagte, dass es angebrachter wäre, diese Probleme mit Christian Schlaga, dem Referatsleiter Südeuropa im Auswärtigen Amt, zu besprechen. Es wurde am selben Tag noch ein Treffen zwischen Schlaga und Halit Habipoğlu organisiert.

Bei dem lang andauernden Treffen mit Christian Schlaga und seinem Assistenten informierte Halit Habipoğlu Schlaga sowohl über die Aktivitäten der ABTTF als auch über die aktuellen Probleme der Minderheit und überreichte ihm einen wissenschaftlichen Bericht der ABTTF über die Probleme in West-Thrakien.

Christian Schlaga zeigte sich sehr überrascht über diese Vorfälle im EU-Mitgliedsland Griechenland. Er gratulierte der ABTTF zu ihrer erfolgreichen Arbeit und merkte an, dass die Aufrechterhaltung des Kontakts mit der Föderation aus seiner Sicht sehr wünschenswert sei.

WER WIRD DIE STIFTUNGEN LEITEN?

Schulden der osmanisch-türkischen Stiftungen werden annulliert - Frage nach ihrer Leitung jedoch weiter offen

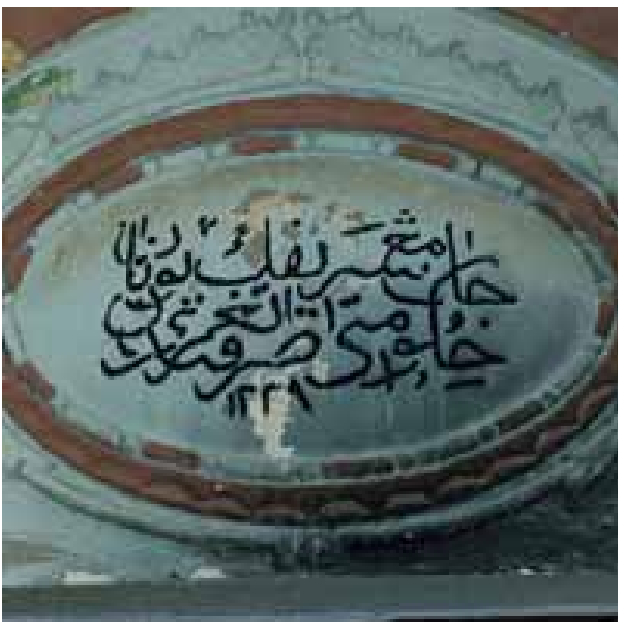
Nachdem die griechische Regierung die türkischen Stiftungen jahrelang willkürlich in die Schulden getrieben hat, werden diese nun erlassen. Die Frage, wer die schuldenfreien Stiftungen dann leiten wird, bleibt aber noch unbeantwortet.

Die Probleme im Zusammenhang mit den alten osmanisch-türkischen Stiftungen, deren Verwaltung der westthrakien-türkischen Minderheit während der Herrschaft der Militärjunta 1967 entzogen wurde, sind bis heute noch immer nicht vollständig gelöst. In den vergangenen Tagen stand nun das Thema der türkischen Stiftungen in West-Thrakien, die von Griechenland seit vierzig Jahren durch willkürliche Maßnahmen in die Schulden getrieben und mit Hypotheken belastet wurden, erneut auf die Tagesordnung der griechischen Regierung. Wie bekanntgegeben wurde, hat das griechische Parlament ein Gesetz verabschiedet, nach dem die Schulden der Stiftungen der türkischen Minderheit annulliert und die Hypothekenbelastungen aufgehoben werden sollen. Die Frage, wer die Verwaltung der Stiftungen übernehmen wird, die nun nach vierzig Jahren in den Genuss der ihnen zustehenden Rechte kommen sollen, blieb jedoch bis jetzt noch unbeantwortet.

Vierzigjährige Ungerechtigkeit teilweise beendet

Der Vorsitzende der Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa (ABTTF), Halit Habipoğlu, erklärte, Griechenland habe durch seine Politik in Bezug auf die Minderheitenstiftungen seine Haltung gegenüber den in seinen Grenzen lebenden Minderheiten klar zum Ausdruck gebracht. Habipoğlu sagte wörtlich:

„Nachdem die Militärregierung an die Macht gekommen war, hielt sich Griechenland weder an die bilateralen Abkommen noch achtete es die in dieser Frage geltenden internationalen Rechte; stattdessen zwang es die Stiftungen, deren Leitung den Minderheiten entzogen worden war, zusätzlich noch, Steuern an den Staat zu zahlen. Das, was nun durch das vom Parlament verabschiedete Gesetz wie ein gutes Werk an unserer Minderheit hingestellt wird, ist in Wirklichkeit nichts als die teilweise Beendigung seit vierzig Jahren begangener Ungerechtigkeiten. Wir sagen ‘teilweise’, denn Stiftungen, deren Vorstände nicht vom Volk gewählt werden, sind für die West-Thrakier noch immer Institutionen ohne jeden Einfluss. Wir erwarten von Griechenland, unserem Land, dass es zumindest seine gute Absicht in dieser Angelegenheit konsequent bis zum Ende verfolgt und das Stiftungsproblem vollständig zu einer Lösung bringt.“





Habipoğlu, der dieses Thema des öfteren zur Sprache bringt, betonte, nach Paragraph 40 des Vertrags von Lausanne besitze die muslimische türkische Minderheit in Griechenland das Recht, jede Art von Wohltätigkeitsorganisation, religiösem oder gesellschaftlichem Institution zu gründen, zu leiten und zu kontrollieren, solange die Unkosten dafür von ihr selbst getragen werden. „Die Stiftungen gehören von ihrer Struktur her zu den wichtigsten Institutionen einer Gesellschaft. Für unsere Minderheitsgenossen in West-Thrakien, die sich noch immer in einem Identitätskampf befinden, tragen sie sogar eine noch größere Bedeutung. Griechenland darf unsere Minderheit nicht länger hinhalten, wenn es darum geht, ihnen ihre Rechte zuzugestehen.“

Außenministerin hatte ihr Wort gegeben

Die griechische Außenministerin Bakogianni, die West-Thrakien zuletzt im Februar einen offiziellen Besuch abgestattet hatte, hatte sich des Problems der türkischen Stiftungen in Griechenland angenommen, nachdem dieses immer wieder von Politikern im Europarat und in der Türkei und besonders von den Vertretern der türkischen Minderheit in West-Thrakien angesprochen worden war.

Während ihres Besuches in West-Thrakien hatte Bakogianni versprochen, dass die Steuerschulden der Minderheitsstiftungen erlassen und die aus diesen Schulden resultierenden Hypothekenbelastungen im Rahmen einer neuen gesetzlichen Regelung aufgehoben werden würden. Zusätzlich sollten die Stiftungen künftig auch von den Steuern für ihren Immobilienbesitz befreit werden.

TREFFEN DER TÜRKISCHEN DIASPORA IN BAKU

Konferenz des I. Forums der
Vorsitzenden aserbaidshanischer und
türkischer Organisationen in der Diaspora,
Baku, März 2007



Beim I. Forum der Vorsitzenden aserbaidshanischer und türkischer Organisationen in der Diaspora, das vom 9. bis zum 12. März in der aserbaidshanischen Hauptstadt Baku stattfand, repräsentierte die ABTTF die West-Thrakien-Türken.

Der Vorsitzende der Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa (ABTTF), Halit Habipoğlu, hielt am ersten Tag der dreitägigen Konferenz einen Vortrag. Habipoğlu äußerte darin seine Freude über die erstmalige Einladung der West-Thrakier zu solch einer Konferenz und sagte weiterhin: „Die West-Thrakier bilden die erste türkische Gesellschaft innerhalb der Europäischen Union. Aber obwohl wir seit Jahren in einem Mitgliedsland der Europäischen Union leben, haben wir große Schwierigkeiten, unsere Identität zum Ausdruck zu bringen. Noch bis vor kurzem konnten wir keinen Traktorführerschein erwerben und unsere vom Einsturz bedrohten Häuser nicht reparieren.“

Das Forum, das vom aserbaidshanischen Staatsministerium organisiert wurde und an dem 513 Personen aus 48 Ländern teilnahmen, wurde vom türkischen Premierminister Recep Tayyip Erdoğan eröffnet.

PROF. DR. AKILLIOĞLU TRITT

DER ECOSOC-ARBEITSGRUPPE DER ABTTF BEI

Prof. Dr. Tekin Akıllıoğlu aus dem Kollegium der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Bilkent-Universität Ankara ist der ECOSOC-Arbeitsgruppe der ABTTF beigetreten.

Mit seiner Teilnahme an der neu gebildeten ECOSOC-Arbeitsgruppe der ABTTF nahm Prof. Dr. Akıllıoğlu, der die Aktivitäten der ABTTF aufmerksam verfolgt und unterstützt, das Angebot der Föderation auf Zusammenarbeit an. Zuvor hatte er durch die ABTTF verkündet, dass er diejenigen, die aufgrund des Paragraphen 19 des griechischen Gesetzbuches ihre Staatsangehörigkeit verloren haben, vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) unentgeltlich vertreten werde.

Nachdem sie im Jahr 2006 Mitglied des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen (UN-ECOSOC) geworden war, entschied sich die ABTTF, eine ECOSOC-Arbeitsgruppe aus Akademikern zu gründen, die sich für die Minderheiten in West-Thrakien und Griechenland interessieren, und begann mit den Vorbereitungen hierfür. Viele Akademiker, hauptsächlich aus der Türkei, aber auch aus Griechenland und Deutschland, zeigten großes Interesse für den Aufruf. In den kommenden Tagen wertet die Föderation die Bewerbungen aus und bildet die Arbeitsgruppe. Bei internationalen Konferenzen wird die Föderation durch diese Fachleute vertreten.

VEREIN FÜR POMAKISCHE KULTUR

Der in Xanthi gegründete „Verein für pomakische Kultur in der Präfektur Xanthi“ ist ein Beweis für das Scheitern der griechischen Minderheitenpolitik

Nachdem bekannt wurde, dass am Büro des „Vereins für pomakische Kultur in der Präfektur Xanthi“, der nach eigenen Angaben am 29. März 2007 gegründet wurde, ein Schild angebracht ist, das das Wort „pomakisch“ enthält, sagte der Vorsitzende der Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa (ABTTF), Halit Habipoğlu, hierzu auf einer Pressekonferenz, die Minderheitenpolitik Griechenlands sei nun endgültig gescheitert. Griechenland müsse sich von seiner bisherigen Politik, die auf eine Spaltung der türkischen Minderheit abziele, verabschieden und allen im Lande lebenden Minderheiten gestatten, ihre eigene Identität zum Ausdruck zu bringen.

Griechische Minderheitenpolitik gescheitert

Habipoğlu betonte, die Gründungs-genehmigung für einen Verein, der das Wort „pomakisch“ im Namen trage, sei ein Ergebnis der verzweifelten Spaltungspolitik Griechenlands gegenüber der türkischen Minderheit. Das Land müsse sich aus der Sackgasse befreien, in die es sich hineinmanövriert habe, und dieses Ziel versuche es zu erreichen, indem es eine künstliche Politik produziere. Mit der Begründung, im Vertrag von Lausanne seien die West-Thrakien-Türken nicht als ethnische Minderheit definiert worden, würden Vereine, die sich selbst als türkisch bezeichneten, geschlossen, erklärte Habipoğlu. Dagegen versuche der griechische Staat, der ja eine ethnische Minderheit im eigenen Land nicht anerkenne, nun un-

ter dem Namen „Pomaken“ selbst eine ethnische Minderheit zu erschaffen. Diese Vorgehensweise sei völlig widersprüchlich und zeige, dass Griechenland nicht mehr wisse, was es tun solle. Während es der einen ethnischen Minderheit diese Bezeichnung verweigere, sei es gleichzeitig bemüht, sich durch eine tragikomische Politik eine andere ethnische Minderheit selbst zu erschaffen. Dies beweise, dass Griechenland mit seiner bisherigen Minderheitenpolitik in eine Sackgasse geraten sei, so Habipoğlu; diese Politik sei nun endgültig gescheitert.



Griechenland muss allen im Lande lebenden Minderheiten erlauben, ihre Identität zum Ausdruck zu bringen

In seiner Erklärung sagte Habipoğlu: „Die Minderheiten, die in Griechenland leben, müssen nun endlich ungehindert ihre Identität ausdrücken dürfen. Eine solcherart gescheiterte Minderheitenpolitik führt einen nirgendwo mehr hin - der einzige Weg für Griechenland, aus der Sackgasse wieder heraus zu finden, in die es sich hineinmanövriert hat, führt über die Anerkennung der verschiedenen Identitäten, die es im Lande gibt.“ Habipoğlu forderte, alle griechischen Staatsbürger sollten ihre Identität frei zum Ausdruck bringen können. Türkische, mazedonische, walachische und albanische Minderheitsangehörige müss-

ten ihre Identität ungehindert in Gesellschaft und Öffentlichkeit äußern können, dazu gebe es keine Alternative.

Zum Schluss seiner Erklärung mahnte Habipoğlu, Griechenland werde erst dann zu einem Land werden, in dem die demokratischen Werte zu ihrer vollen Bedeutung gelangen, wenn es allen Minderheiten die Freiheit gewähre, ihre jeweilige Identität zum Ausdruck zu bringen. Durch die Nicht-Anerkennung der Identität der Minderheiten, sei es nun die türkische oder eine andere, habe sich die bisherige griechische Minderheitenpolitik selbst den Weg verbaut. Es sei daher für Griechenland unerlässlich geworden, die Identität der Minderheiten anzuerkennen. Er beendete seine Erklärung mit den Worten: „Der vorliegende Fall zeigt: Solange Griechenland nicht seine Minderheitenpolitik ändert und aufhört, die Minderheit solcherart künstlich auseinanderdividieren zu wollen, wird es zu keinem Ergebnis kommen, sondern stattdessen von den Minderheiten und ihrem Wunsch nach dem Ausdruck ihrer Identität in die Enge getrieben werden. Wenn Griechenland daher, statt die Identität seiner Minderheiten anzuerkennen, künstliche neue Minderheiten zu schaffen versucht, so gemahnt dieses Verhalten nur an eine hilflose letzte Verkrampfung und wird nirgendwohin führen als in die Sackgasse. Griechenland muss endlich akzeptieren, dass es auf diesem Weg nicht weiter kommt. Es muss so schnell wie möglich einsehen, dass es keine Alternative dazu gibt, die Identität der türkischen und ebenso die der mazedonischen, walachischen, albanischen und der anderen Minderheiten anzuerkennen.“

WIR VERLANGEN EINE LÖSUNG

Der Vorsitzende der Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa (ABTTF), Halit Habipoğlu, rief in seiner Stellungnahme zum Besuch der griechischen Außenministerin Dora Bakogianni in West-Thrakien Griechenland dazu auf, statt Versprechen und auf kurzfristige Erfolge ausgerichteter tagespolitischer Maßnahmen eine Politik zu verfolgen, die eine auf Lösung auf der Grundlage der Menschenrechte anstrebt.

Der Vorsitzende der Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa (ABTTF), Halit Habipoğlu, erklärte, man sei sehr enttäuscht gewesen, dass die griechische Außenministerin Dora Bakogianni, die sich letzte Woche für einen dreitägigen Besuch in West-Thrakien aufhielt, nicht die erwarteten Änderungen ansprach. „Positiv sehen wir jedoch“, so Habipoğlu weiter, „das Versprechen, die Lage unserer Stiftungen, die seit Jahren Vermögenssteuer zahlen müssen und in Schulden versinken, zu verbessern, und die Pläne zu einer Einführung einer Quote in der Beamtenschaft.“ Er hoffe, dass die Ministerin zu ihren Versprechen stehen werde, erklärte Habipoğlu. „Angesichts der Tatsache, dass die Orthodoxe Kirche in Griechenland quasi die Rolle einer Staatskirche hat, sind die Mufti-Ämter ein Symbol der religiösen Autonomie der türkischen Minderheit gegenüber der orthodoxen Mehrheit. Wenn nun die Ministerin noch einmal persönlich betont, dass der Staat nicht darauf verzichten will, die Muftis selbst zu berufen, so erweckt dies den Eindruck, dass man von wirklichem Wohlwollen noch weit entfernt ist.“

Hapipoğlu, der darauf aufmerksam macht, dass es auch außerhalb

Griechenlands noch Angehörige der türkischen Minderheit gebe, denen aufgrund ihrer ethnischen Wurzeln ihre Staatsangehörigkeit entzogen worden sei, sagte: „Die Erklärung Bakogiannis, man werde nur den in Griechenland lebenden Betroffenen ihre Rechte zurückgeben, deckt sich nicht mit den Erwartungen der türkischen Minderheit. Diese durch eine offen rassistische Politik entstandenen Benachteiligungen müssen ohne Rücksicht auf das Land, in dem die Betroffenen sich heute befinden, gänzlich abgeschafft werden.“



Eine Lösung auch ohne Druck von außen

Der Vorsitzende der ABTTF, Halit Habipoğlu, wies auf das auffällige Timing des Besuchs hin und sagte: „Nachdem das türkische Parlament unsere Probleme behandelt hat, beschäftigen sich auf einmal auch die Politiker unseres eigenen Landes wieder mit uns. Wenn unser Land Griechenland wirklich guten Willens wäre, dann müssten die Politiker auch imstande sein, auf uns zuzukommen, bevor europäische Institutionen oder die Türkei sich dieser Angelegenheit ange-

sprochen hätten.“ Schon vorher habe man das gleiche Szenario erlebt, als einer großen Zahl von Menschen die Staatsbürgerschaft zurückgegeben worden sei. „Leider macht unser Land keinerlei Anstalten, uns die Rechte zurückzugeben, die uns durch unseren Status als Minderheit zukommen. Stattdessen versucht es, uns diejenigen Rechte, die uns ohnehin zustünden, als große Wohltat anzubieten. Wenn in West-Thrakien, wo wir uns selbst noch immer nicht als Türken bezeichnen oder unsere eigenen religiösen Amtsträger bestimmen

dürfen, wo wir mit Dutzenden von Problemen im Bildungssektor zu kämpfen haben und im politischen Bereich eingeschränkt werden, endlich eine moderne Minderheitenpolitik einkehren soll, dann müssen uns unsere Rechte, die, angefangen mit dem Vertrag von Lausanne, in sämtlichen internationalen Verträgen verbrieft sind, zurückgegeben und das Rahmenübereinkommen (des Europarats) zum Schutz nationaler Minderheiten, das seit Jahren in Wiedervorlageordnern verstaubt, ratifiziert werden.“

APPELL AN EUROPÄISCHE UNION

Appell der 15. Delegiertenversammlung der ABTTF an die Europäische Kommission Gießen, 8. April 2007

Seit 1981 sieht sich die türkische Minderheit in West-Thrakien im EU-Mitgliedsstaat Griechenland einer äußerst starken Beeinträchtigung ihrer Rechte ausgesetzt. Unser Land Griechenland erkennt die Identität der türkischen Minderheit nicht an und missachtet zudem unsere Rechte im politischen, sozialen wie auch im wirtschaftlichen Bereich. Unsere gewählten Muftis werden an der Ausübung ihres Amtes gehindert; durch eine 3-%-Klausel bei den Wahlen wird das Recht unserer Minderheit auf politische Vertretung verletzt; türkischen öffentlichen Institutionen und Einrichtungen wird die Arbeit untersagt; unsere Minderheit ist wirtschaftlicher Diskriminierung ausgesetzt und das Rahmenabkommen zum Schutz der europäischen Minderheiten wird nicht umgesetzt.

All diese Rechtsverletzungen finden in Griechenland statt, das heute ein Mitgliedsland der Europäischen Union ist. Diese Situation ist mit den starken demokratischen Werten der EU und ihrer Haltung zu den Menschenrechten nicht vereinbar. Mit der gleichen Empfindlichkeit, die die Europäische Kommission gegenüber Menschenrechtsverletzungen gewöhnlich an den Tag legt, sollte sie auch Griechenland gegenüber treten und alle ihre zuständigen Organe einsetzen, um unser Land von solchen Verstößen gegen die Menschenrechte abzubringen.

Die Haltung, die unser Land Griechenland gegenüber unserer Minderheit und unseren Rechten zeigt, stellt die Werte der Europäischen Union ernsthaft in Frage. Die von Griechenland begangenen Menschenrechtsverletzungen schaden damit auch der Europäischen Union. Die Europäische Union muss den Schutz und die Unterstützung, die sie allen nationalen Minderheiten innerhalb ihrer Grenzen gewährt, auch der Minderheit der West-Thrakien-Türken zeigen und so Griechenland dazu bringen, von den Rechtsverstößen abzulassen.

In diesem Zusammenhang fällt der Europäischen Kommission eine wichtige Aufgabe zu. Die Minderheit der West-Thrakien-Türken und die türkische Kultur in West-Thrakien sind, wie bereits gesagt, innerhalb der Europäischen Union, die eine Einheit von Kulturen darstellt, ernsthaften Problemen ausgesetzt. Wenn keine Maßnahmen ergriffen werden, wird das Mosaik der Kulturen in der Europäischen Union unwiderruflich zerbrechen und die Europäische Union wird sich vor der Geschichte dafür verantworten müssen. Um dies zu verhindern, muss die Europäische Kommission den Druck auf unser Land Griechenland verstärken, damit es umgehend das Rahmenabkommen zum Schutz der europäischen Minderheiten umsetzt, und umgehend die notwendigen Maßnahmen einleitet, damit die Verletzungen der Rechte, die unserer Minderheit auch durch andere internationale Abkommen zuerkannt worden sind, ein Ende finden.

Die Delegiertenversammlung der ABTTF



Avrupa Batı Trakya Türk Federasyonu
Föderation der West-Thrakien Türken in Europa
Federation of Western Thrace Turks in Europe
Ευρωπαϊκή Ομοσπονδία Τούρκων Δυτικής Θράκης

Bankverbindung: Stadtparkasse Witten, Konto Nr.: 37598, BLZ 452 500 35
Kuruluş/Gegr. 28.02.1988, VR 1954, Giessen

Editör: Çağla Sorgun

NGO in Special Consultative Status with the Economic and Social Council of the United Nations

ABTTF • Johannisstraße 50, 58452 Witten • Tel.: +49.2302.913291 • Fax: +49.2302.913293 • E-mail: info@abtff.org • www.abtff.org